

25.03.2020

**BA zu den Stadtfinanzen:**

**"Hilden steckt im Krisenmodus. Da darf das Sparen nicht tabu sein."**

**Erklärung des BA-Fraktionsvorsitzenden, Ludger Reffgen, anlässlich der Verabschiedung des Haushalts 2020/2021 in der Sitzung des Rates am 25. März 2020**

„Abgesehen von dem Zweck, kurzfristig die Handlungsfähigkeit der Verwaltung zu sichern, kommt diesem Haushalt vorrangig politische Symbolkraft zu. Denn - machen wir uns nichts vor: Was in diesem Zahlenwerk steht, ist angesichts der Corona-Krise schon heute weitestgehend Makulatur und steht unter dem Riesen-Vorbehalt der Ungewissheit, was in den nächsten Monaten auf uns zukommt. Angesichts dieser unklaren Situation auch noch einen Doppelhaushalt aufzulegen, lässt das Prinzip von Haushaltsklarheit und -wahrheit noch absurder werden.

Mit der Entscheidung über die beiden dem Rat vorliegenden Beschlussvarianten - dem Antrag der Bürgeraktion, mit dem Sparen sofort zu beginnen und alle Aufwendungen pauschal um ein Prozent zu kürzen (Variante 1), oder dem Votum des Haupt- und Finanzausschusses zu folgen und mit dem Sparen noch zu warten bis die Reserven restlos aufgebraucht sind (Variante 2) -, kann es folglich realistischerweise nur darum gehen, der Öffentlichkeit ein grundsätzliches Zeichen zu geben: Ob wir uns als Stadtrat der Verantwortung stellen wollen, behutsam aber zügig mit der Konsolidierung zu beginnen, oder ob wir uns damit noch zwei Jahre Zeit lassen. Für die Bürgeraktion ist die Antwort klar. Deshalb bitten wir darum, mit der Variante 1 unseren Antrag zu unterstützen.

Die Bürgeraktion hat sich im Laufe der Haushaltsplanberatungen an drei Leitmotiven orientiert: Ungebührliche Härten abwenden, den Haushalt krisenfest machen, verantwortlich handeln.

### **Ungebührliche Härten abwenden**

Die BA hat sich mit anderen Fraktionen in den letzten Wochen sehr bewusst gegen Härten, besonders im Kinder- und Bildungsbereich, gewandt, die mit einer Reihe von Kürzungen des Haushaltsentwurfs unweigerlich verbunden gewesen wären. Punktuell von Härten abzusehen, hat jedoch für die BA nie bedeutet, in den beiden Haushaltsjahren 2020/2021 auf alle Sparbemühungen zu verzichten und weiter fröhlich aus dem Vollen zu schöpfen. Das würde für den Doppelhaushalt bedeuten, die bisherige Politik 1:1 fortzusetzen. Das hat sich, wie man heute an der dramatischen Lage ablesen kann, ja gerade als verhängnisvoll erwiesen.

### **Den Haushalt krisenfest machen**

Es mag in der gegenwärtigen Situation eher wie eine Binsenweisheit, ja banal klingen, aber es muss unser Ziel sein, den Haushalt wieder krisenfest zu machen. Derzeit sind die städtischen Finanzen nicht „krisenreaktionstauglich“. Der Haushalt ist im Bedarfsfalle auch ein Instrument der Politik, Krisen und Härten abzufedern, um je nach Konstellation

reagieren zu können. Diese Anforderung kann die Stadtkasse zur Zeit nicht oder nur äußerst bedingt erfüllen.

### **Verantwortlich handeln**

Verantwortlich zu handeln bedeutet, zeitnah auf Fehler, Mängel und Defizite zu reagieren, Risiken nicht schleifen zu lassen und ihre Bewältigung nicht auf die lange Bank zu schieben. Das Motto: "Morgen, morgen, nur nicht heute..." ist ein schlechter Ratgeber. An Absichtserklärungen, (erst) in der Zukunft sparen zu wollen, hat es ja auch in der Vergangenheit im Stadtrat nicht gemangelt. Wohin das führt, kann jeder über die letzten Jahre verfolgen: Eigenkapital-Schwund und der drohende Verlust der Handlungsfähigkeit sind die Folgen.

Für die BA ist auch das weitere Plündern der Rücklagen inakzeptabel. Von über 30 Mio. Euro noch in 2014 ist heute von der Ausgleichsrücklage fast nichts mehr übrig. Weitere Entnahmen bringen die Rücklage planmäßig auf Null. Jegliches, auch behutsames Sparen zu verweigern, bevor nicht alle Reserven aufgebraucht sind, halten wir für kurzsichtig. Das gilt auch für das Bürgersparbuch. Die Folge kann man so beschreiben: "Das Vermögen der Stadt zerfließt schneller als das Itterwasser im Rhein verschwindet."

Deshalb hat die BA in der vergangenen Woche im Haupt- und Finanzausschuss dem von einer breiten Mehrheit aus CDU, SPD, Grünen und FDP getragenen Beschluss nicht zustimmen können, mit dem Sparen erst 2022 zu beginnen. Stattdessen legt die BA dem Rat einen Antrag vor, der bereits für das laufende und das nächste Haushaltsjahr eine pauschale Reduzierung der Aufwendungen in Höhe von einem Prozent vorsieht. Das löst nicht alle Probleme, aber es ist ein Anfang, schont die Reserven und verschafft etwas Luft. Um die Handlungsfähigkeit im Rathaus nicht einzuengen, sollen Personalaufwendungen davon ausdrücklich ausgenommen sein. Gleichzeitig wird mit dem Antrag die Kämmerin aufgefordert, rechtzeitig im Laufe der beiden Haushaltsjahre dem Rat die konkreten Auswirkungen der pauschalen Aufwandsminderung aufzuzeigen und Gelegenheit zum Nachsteuern zu geben. Der Rat muss jederzeit in der Lage sein, Korrekturen vorzunehmen und unzumutbare Härten vermeiden zu können.

Ähnliche Anträge hatte die BA bereits mehrfach in den Vorjahren gestellt. Zusammenfassend ist zur Lage der Stadt anzumerken: Hilden tut sich aktuell schwer, um mit der Entwicklung Schritt zu halten. Der satte Vorsprung, den Hilden einst gegenüber anderen Städten hatte, sei bereits aufgebraucht. Fatal wäre es, dauerhaft ins Hintertreffen zu geraten. Die BA warnt davor, die Gesundung der Stadtfinanzen weiter zu verschleppen. Die Stadt muss sich wappnen. Corona erhöht nochmals den Druck. Die Stadt steckt aktuell tief im Krisenmodus. Da darf im Zweifel auch das Sparen nicht tabu sein.